

Die Lage der deutschen Landwirtschaft

Bundesernährungsminister Ertl hat am 15. Januar 1981 in der FAZ wörtlich ausgeführt: „Der leistungsfähige bäuerliche Familienbetrieb, dessen betrieblicher Schwerpunkt in der flächenbezogenen Erzeugung liegt, soll nach dem Landwirtschaftsgesetz in die Lage versetzt werden, an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung teilzunehmen.“

Dies wichtige agrarpolitische Ziel haben Bundesregierung, SPD und FDP nicht erreicht. Die wirtschaftliche Talfahrt der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland hält seit Jahren an und beschleunigt sich.

Gewinn*) je Familien-Arbeitskraft in landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieben

1975/76	25 263,— DM	
1976/77	21 842,— DM	—13,5 %
1977/78	24 084,— DM	+10,3 %
1978/79	24 780,— DM	+ 2,9 %
1979/80	24 309,— DM	— 1,9 %
1980/81 (Schätzung BML)	21 381,— DM	—12,0 %

Quelle: Agrarbericht der Bundesregierung 1981, S. 15

*) Der Gewinnbegriff entspricht in etwa dem auch in der gewerblichen Wirtschaft gebräuchlichen. Aus dem Gewinn sind zu bestreiten: Krankenversicherung, Alterssicherung, Altenteillasten, private Steuern, Nettoinvestitionen, Tilgung von Fremdkapital und die Privatentnahmen. 1979/80 haben allein die Beiträge für Kranken- und Altersversicherung, Altenteillasten und private Steuern rund 30 % des Gewinns beansprucht. In kleinen landwirtschaftlichen Betrieben wird oft bereits die 50%-Marke überschritten. Die Nettoinvestitionen beanspruchen rund 10 % des Gewinns.

1980/81 sind die Gewinne je Familien-Arbeitskraft nominal um 15 % niedriger als 1975/76. Real, d. h., unter Berücksichtigung der Inflationsrate (Preisindex für die Lebenshaltung) sind die Gewinne 1980/81 gegenüber 1975/76 um rund 35 % zurückgegangen.

Einen so schweren Einkommenseinbruch gibt es in sonst keinem Wirtschaftsbereich. Der gewerbliche Vergleichslohn ist von 1975/76 bis 1980/81 nominal um rund 30 % und real um 8,1 % gestiegen (Quelle: Agrarbericht der Bundesregierung 1981, Materialband S. 151).

Noch eindrucksvoller wird das Bild, wenn man die Durchschnittswerte auf die Betriebsgrößenklassen der landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe bezieht.

Gewinn*) je Familien-Arbeitskraft in landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieben nach Betriebsgrößenklassen 1975/76 und 1979/80

Betriebsgrößenklasse im Durchschnitt	in v. H. der Vollerwerbsbetriebe	Gewinn je Familien-AK		
13,15 ha	43,10	1975/76	18 672,— DM	
		1979/80	17 140,— DM	— 8,2 %
22,85 ha	28,89	1975/76	26 508,— DM	
		1979/80	23 359,— DM	—11,9 %
40,50 ha	28,01	1975/76	39 799,— DM	
		1979/80	34 346,— DM	—13,7 %

Eine zuverlässige Schätzung für 1980/81 ist für die Betriebsgrößengruppen noch nicht möglich.

Quellen: Agrarbericht der Bundesregierung 1981, S. 14; Materialband S. 37, S. 58.

Das wirkliche Ausmaß der schlechten Einkommenslage der landwirtschaftlichen Betriebe ergibt sich aus der Gegenüberstellung der landwirtschaftlichen Einkommen mit den Einkommen vergleichbarer Berufsgruppen. Unter Berücksichtigung der in der Landwirtschaft anzutreffenden Betriebsgrößenklassen haben die Einkommensabstände 1979/80 betragen:

Betriebsgrößenklassen im Durchschnitt	in v. H. der Vollerwerbsbetriebe	Einkommensabstand
13,15 ha	43,10	—54 % bis —30 %
22,85 ha	28,89	—36 % bis —19 %
40,50 ha	28,01	—21 % bis + 1 %

Quellen: Agrarbericht der Bundesregierung 1981, S. 14, Materialband S. 57.

Für das Wirtschaftsjahr 1980/81 ist mit einer abermaligen Ausweitung des Einkommensabstandes zu rechnen.

1969/70 war der Einkommensabstand nahezu beseitigt. Die absolute und relative Verschlechterung der landwirtschaftlichen Einkommen veranlaßt die Bauern, zu demonstrieren.

Auch im europäischen Vergleich schneidet die deutsche Landwirtschaft besonders schlecht ab.

Durchschnittliche jährliche Veränderung des Realeinkommens pro Beschäftigte in der Landwirtschaft in v. H.

	1968—1979	1976—1979		1968—1979	1976—1979
Deutschland	+ 0,4	-5,7	Luxemburg	+ 1,8	+ 3,7
Frankreich	+ 3,4	+ 3,1	Großbritannien	+ 1,1	- 5,9
Italien	+ 3,8	+ 4,0	Irland	+ 6,6	+ 2,1
Niederlande	+ 0,4	-2,3	Dänemark	+ 1,0	- 0,1
Belgien	+ 2,1	-4,0			

Quelle: Die Lage der Landwirtschaft in der Gemeinschaft 1980, S. 51.

Bestimmungsgründe für die schlechte Ertragslage der deutschen Landwirtschaft

Agrarpreise

In der öffentlichen Diskussion wird oft behauptet, die Agrarpreise seien zu hoch. Solche Darstellungen sind vor allem dann falsch, wenn man berücksichtigt, daß die Agrarpreise für die Bauern eine wesentliche Einkommensfunktion erfüllen.

	Index der Erzeugerpreise landwirtsch. Produkte 1976 = 100	Index der Einkaufspreise landwirtsch. Betriebsmittel 1976 = 100
1972/73	80,2	77,8
1973/74	81,5	85,3
1974/75	81,1	90,7
1975/76	96,5	96,4
1976/77	100,1	102,5
1977/78	98,1	101,3
1978/79	94,6	102,4
1979/80	98,6	109,7
Januar 1981	102,2	117,6

Quellen: Agrarbericht der Bundesregierung 1981, Materialband S. 23; Stat. Monatsbericht BML 2/1981.

In der langen Reihe von 1972/73 bis in die jüngste Zeit ist die Preis-Kosten-Schere lediglich in den Jahren 1972/73 und 1975/76 geschlossen worden. In allen anderen Jahren klafft sie zuungunsten der Landwirtschaft auseinander. Ab 1976/77 verschlechtern sich die Preis-Kosten-Verhältnisse von Jahr zu Jahr erheblich.

Die Bundesregierung selbst legt dar, daß die schlechte reale Agrarpreissituation maßgeblich an der Gewinnreduzierung beteiligt gewesen ist. Das rückläufige reale Agrarpreisniveau ist im wesentlichen von den Brüsseler Agrarpreisbeschlüssen und der allgemeinen Inflationsrate abhängig. Beide Größen sind Ergebnisse der Politik der Bundesregierung.

Produktivität

Die Verschlechterung aller wichtigen volkswirtschaftlichen Daten in der Bundesrepublik Deutschland (Inflation, nachlassendes wirtschaftliches Wachstum, Arbeitslosigkeit, Rückgang der Beschäftigungszahlen, außenwirtschaftliches Ungleichgewicht, steigende Steuern und Abgaben, Staatsverschuldung, Ausgestaltung der öffentlichen Haushalte) beeinträchtigt die wirtschaftliche Lage der Land- und Ernährungswirtschaft außerordentlich negativ (der zusätzliche Absatz von Agrarprodukten wird immer schwieriger).

Besonders nachteilig wirken sich geringes volkswirtschaftliches Wachstum und hohe Arbeitslosigkeit aus.

Selbst Landwirte, die aus der Landwirtschaft ausscheiden möchten, können dies angesichts der ungünstigen wirtschaftlichen Rahmendaten nicht. Dies führt zu einer Stagnation im agrarischen Strukturwandel. Die gleichzeitige Auf- und Abstockung landwirtschaftlicher Betriebe funktioniert nicht mehr.

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ging 1979/80 um rund 1,5 % (zehnjähriger Durchschnitt —3,0 %) zurück; die Zahl der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen verringerte sich gleichfalls um 1,5 % (zehnjähriger Durchschnitt —4,7 %).

Dieser stagnierende Strukturwandel führt zu einer wesentlichen Verlangsamung des Zuwachses der Arbeitsproduktivität. Von 1969/70 bis 1973/74 hat der jährliche Zuwachs noch rund 11 % betragen; von 1974/75 bis 1979/80 ist die Zuwachsrate auf 4,9 % abgesunken. Damit ist eine wesentliche Bestimmungsgröße des Einkommenszuwachses auf weniger als die Hälfte gemindert.

Eine äußerst unangenehme Begleiterscheinung dieser ungünstigen Entwicklung ist darin zu sehen, daß viele landwirtschaftliche Betriebe versuchen, ihre Arbeitsproduktivität und ihr Einkommen durch Ausdehnung der Viehbestände zu steigern, weil eine flächenmäßige Aufstockung fast unmöglich ist. Der Viehbesatz in den landwirtschaftlichen Betrieben ist von 1974/75 bis 1979/80 um über 10 % gestiegen. Hieraus können sich Marktstörungen ergeben.

Die ungünstige Entwicklung der realen Agrarpreise und die erhebliche Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, verbunden mit dem stagnierenden Strukturwandel, sind die Hauptursachen dafür, daß die Lage der deutschen Landwirtschaft sich zunehmend verschlechtert.

Wechselwirkungen auf die gewerbliche Wirtschaft

Die deutsche Landwirtschaft hat 1979/80 Vorleistungen in Höhe von rund 33 Mrd. DM von der gewerblichen Wirtschaft bezogen; zusätzlich beträgt das Investitionsvolumen über 10 Mrd. DM. Die Landwirtschaft ist damit einer der größten geschlossenen Käuferkreise für Güter und Dienstleistungen des gewerblichen Bereichs.

Die angespannte Rentabilitätslage in der Landwirtschaft verursacht einen erheblichen Rückgang der Zuwachsrate der Investitionen. Von 1977/78 bis 1979/80 ist das jährliche Investitionsvolumen in landwirtschaftlichen Vollwerksbetrieben insgesamt um 11 % gesunken (Gebäude —15 %, Maschinen —14 %). Die Investitionszurückhaltung führt zu großen Schwierigkeiten auf dem Beschäftigungssektor der Landmaschinenindustrie.

Preise für Nahrungsmittel in der Bundesrepublik Deutschland

Die real niedrigen Agrarerzeugerpreise haben ganz wesentlich zur Inflationsdämpfung in der Bundesrepublik Deutschland beigetragen. Agrarpreise sind die „Billigmacher“ im Warenkorb.

	Erzeugerpreise landw. Produkte 1976 = 100	Lebenshaltung insgesamt 1976 = 100	Nahrungsmittel 1976 = 100
1975/76	96,5	98,2	98,1
1976/77	100,1	101,8	101,3
1977/78	98,1	105,2	103,2
1978/79	94,6	108,2	104,3
1979/80	98,6	114,0	107,3
Januar 1981	102,2	120,3	113,3

Quellen: Agrarbericht der Bundesregierung 1981, Materialband S. 23, Stat. Monatsbericht BML 2/1981, S. 120.

EG-Agrarpolitik

Außenhandel mit Gütern der Ernährungswirtschaft

In der Öffentlichkeit wird vielfach der Eindruck vermittelt, als produziere die europäische Ernährungswirtschaft erhebliche Überschüsse. Dieser vermittelte Eindruck ist objektiv (bezogen auf die Mengen) falsch.

Die Europäische Gemeinschaft ist der größte Nettoimporteur an Gütern der Ernährungswirtschaft in der Welt. (Rund 35 % aller Agrarausfuhren in der Welt gehen in die EG.)

Handel der EG mit Gütern der Ernährungswirtschaft mit Drittländern in Milliarden DM:

	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhrüberschuß
1965 ¹⁾	18,4	5,9	12,5
1970	22,5	8,2	14,3
1974 ²⁾	48,2	19,7	28,5
1975	47,1	19,8	27,3
1976	60,9	22,2	38,7
1977	71,0	27,2	43,8
1978	68,2	29,9	38,3
1979	73,3	34,3	39,0

¹⁾ EG (6) ²⁾ EG (9)

Quellen: Agrarbericht der Bundesregierung 1977, 1981, Materialbände S. 196, S. 115.

Die große Bedeutung des Agraraußehandels kommt durch seinen hohen Anteil am Gesamtaußehandel zum Ausdruck. Rund 17 % aller Einfuhren aus Drittländern in die EG entfallen auf Güter der Ernährungswirtschaft; rund 12 % aller Ausfuhren aus der EG in Drittländer sind Güter der Ernährungswirtschaft.

Versorgungsbilanzen der wichtigsten Agrarprodukte in der EG

a) Getreide (in Mio. t)

	Erzeugung	Einfuhr	Ausfuhr	Verbrauch
1973/74	104,7	24,4	12,2	115,5
1974/75	107,2	24,2	1,8	113,9
1975/76	96,4	26,1	17,1	110,2
1976/77	90,0	30,5	10,6	109,7
1977/78	102,5	19,1	10,6	111,4
1978/79	115,4	18,5	14,4	115,9

Quelle: Agrarstatistisches Jahrbuch der EG 1978, S. 130, Die Lage der Landwirtschaft in der Gemeinschaft 1980, S. 301.

Zusätzlich zu den beträchtlichen Nettoeinfufern an Getreide werden jährlich bedeutende Mengen Futtermittel — sogenannte Getreideersatzprodukte — fast zollfrei und abschöpfungsfrei eingeführt. Hierzu gehören: Getreideabfälle, Tapioka, Ölkuchen, Sojaschrot usw.

Diese Einfuhren — umgerechnet auf Getreidewert — haben z. B. 1977/78 zusätzlich noch 35 Mio. t betragen (im Vergleich hierzu: in der Bundesrepublik Deutschland hat die Getreideernte in den vergangenen Jahren zwischen 20 bis 30 Mio. t betragen).

Mindestens ein Achtel der tierischen Produktion in der EG (Milch, Fleisch, Eier) basiert auf diesen eingeführten Futtermitteln.

b) Fleisch insgesamt (in Mio. t)

	Erzeugung	Einfuhr	Ausfuhr	Verbrauch
1973/74	20,6	1,2	0,8	20,8
1974/75	20,6	1,2	0,7	21,1
1975/76	20,8	1,3	0,7	21,4
1976/77	21,1	1,3	0,6	21,8
1977/78	21,8	1,4	0,6	22,6
1978/79	19,8	0,6	0,7	19,7

Quelle: Agrarstatistisches Jahrbuch der EG 1978, S. 164, Die Lage der Landwirtschaft in der Gemeinschaft 1980, S. 371.

Der Markt für Fleisch ist annähernd ausgeglichen.

c) Zucker — Weißzuckerwert (in Mio. t)

	Erzeugung	Einfuhr	Ausfuhr	Verbrauch
1973/74	9,5	2,0	1,8	10,4
1974/75	8,6	2,2	0,9	9,8
1975/76	9,7	1,9	1,5	9,3
1976/77	10,0	2,0	2,1	9,6
1977/78	11,6	1,6	3,6	9,3
1978/79	11,0	1,4	2,7	9,5
1979/80	10,8	1,5	2,6	9,5

Quelle: Agrarstatistisches Jahrbuch der EG 1978, S. 154.

Die Versorgungsbilanzen bei Zucker sind in den vergangenen Jahren unterschiedlich gewesen. 1973/75 konnte die Erzeugung mit dem Verbrauch nicht Schritt halten. Ab 1975/76 eilt die Produktion dem Verbrauch voraus.

Bei der Einfuhr muß beachtet werden, daß darin 1,3 Mio. t Zucker enthalten sind, die die EG aufgrund des Lomé-Abkommens verpflichtet ist, von Entwicklungsländern abzunehmen. Hierbei handelt es sich um eine reine entwicklungs-politische und nicht um eine marktpolitische Maßnahme.

Zur Zeit zeigen sich am Weltzuckermarkt große Spannungen. Der Weltmarktpreis liegt derzeit 14 % über dem EG-Inlandspreis. Um es nicht zu Versorgungsgütes- und Preissteigerungen für die Verbraucher in der EG kommen zu lassen, haben die Organe der EG die Zuckerausfuhr begrenzt.

d) Butter (in Mio. t)

	Erzeugung	Einfuhr	Ausfuhr	Verbrauch
1974	1,663	0,157	0,135	1,738
1975	1,721	0,160	0,068	1,797
1976	1,797	0,132	0,118	1,720
1977	1,820	0,120	0,270	1,730
1978	1,967	0,125	0,277	1,592
1979	1,994	0,118	0,499	1,659
1980	1,954	0,095	0,310	1,650

Quelle: Die Lage der Landwirtschaft in der Gemeinschaft 1980, S. 356.

e) Magermilchpulver (in Mio. t)

	Erzeugung	Einfuhr	Ausfuhr	Verbrauch
1974	1,799	—	0,311	1,352
1975	1,989	—	0,145	1,250
1976	2,057	—	0,167	1,778
1977	1,949	—	0,421	1,808
1978	2,209	—	0,419	1,998
1979	2,090	—	0,636	2,050
			0,650	1,470

Quelle: Die Lage der Landwirtschaft in der Gemeinschaft 1980, S. 337.

Die Zahlenreihen zeigen, daß es auf den Sektoren Butter und Magermilch keinen Ausgleich von Angebot und Nachfrage gegeben hat. Die Lagerbestände an Butter und Magermilchpulver in der EG haben sich wie folgt entwickelt:

	Butter in 1 000 t	Magermilchpulver in 1 000 t
1. 1. 1975	148	366
1976	164	1 112
1977	255	1 136
1978	196	965
1979	418	674
1980	375	230
1981	245	227
16. 3. 1981	110	152

Quelle: Die Lage der Landwirtschaft in der Gemeinschaft 1980, S. 356 ff.

Die Diskrepanz zwischen Erzeugung und Verbrauch wäre noch größer gewesen, wenn nicht mit erheblichem finanziellem Aufwand Butter und Magermilchpulver im Binnenmarkt und am Weltmarkt verbilligt abgegeben worden wären.

Bei der Beurteilung der Gesamtsituation muß allerdings folgendes beachtet werden: Um eine krisensichere Versorgung zu gewährleisten, ist es notwendig, pro Kopf der Bevölkerung 1 kg Butter als Vorrat zu haben.

Zur Zeit sind in der Europäischen Gemeinschaft keine größeren Bestände vorhanden. Der Butterberg ist abgebaut. Der Weltmarkt für Butter ist zur Zeit sehr aufnahmefähig zu relativ hohen Preisen. Dies gilt auch für Magermilchpulver, das wegen der hohen Preise für andere Eiweißfuttermittel auch einen relativ guten Binnenmarkt findet.

Der Abbau der Vorräte darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es auf dem Milchsektor nach wie vor strukturelle Probleme des Marktausgleiches gibt.

Die Finanzierung des EG-Milchmarktes hat bisher den größten Anteil der EG-Agrarfinanzierung beansprucht. In den Jahren 1979 und 1980 entfielen auf den Milchmarkt rund 43 % der Ausgaben des Agrarfonds (Abteilung Garantie). Wenn es gelingt, die hohen Ausgaben des Milchmarktes zu reduzieren, dürfte die Frage der Finanzierung des Agrarmarktes insgesamt weitgehend gelöst sein. Alle anderen Warenbereiche werfen keine ernsthaften Probleme auf.

Finanzierung der europäischen Agrarpolitik

Leichtfertigen Kritikern am EG-Agrarmarkt und dessen Kosten muß immer wieder ins Gedächtnis gerufen werden, daß es ohne den gemeinsamen Agrarmarkt auch keine Zollunion mit den sich daraus ergebenden Vorteilen für die industriell-gewerbliche Wirtschaft und deren Arbeitnehmern gäbe.

Die EG-Agrarpolitik ist der einzige Bereich in der EG, in dem sehr unterschiedliche nationale Auffassungen zu einer gemeinschaftlichen Politik harmonisiert worden sind. Der Weg bis dahin war ungemein mühsam; die Mitgliedstaaten der EG mußten echte Souveränitätsrechte aufgeben. Damit traten auch Verlagerungen von Kosten von der nationalen Ebene auf den EG-Haushalt ein. Wegen der geringen Integrationsfortschritte in anderen Bereichen der europäischen Politik (z. B. Wirtschafts- und Währungsunion, Regionalpolitik, Sozialpolitik) gibt es auch nur schwache Ansätze einer über den Agrarbereich hinausgehenden gemeinsamen europäischen Finanzierung.

Haushalt der Europäischen Gemeinschaft insgesamt

1975	5 637,9	Mrd. ECU	14,1	Mrd. DM	
1976	7 734,2	Mrd. ECU	19,3	Mrd. DM	+ 36,9 %
1977	8 400,9	Mrd. ECU	21,0	Mrd. DM	+ 8,8 %
1978	12 003,9	Mrd. ECU	30,0	Mrd. DM	+ 42,9 %
1979	14 372,4	Mrd. ECU	35,9	Mrd. DM	+ 19,7 %
1980	15 042,5	Mrd. ECU	37,6	Mrd. DM	+ 4,7 %
1981	19 227,6	Mrd. ECU	48,3	Mrd. DM	+ 28,5 %
			durchschnittlich		23,5 % jährlich

Quellen: Die Lage der Landwirtschaft in der Gemeinschaft 1980, S. 87, Haushalt der EG 1981, S. 47.

Entwicklung der Agrarausgaben (EAGFL) in der EG

1975	4 706,8	Mrd. ECU	11,8	Mrd. DM	
1976	5 805,3	Mrd. ECU	14,5	Mrd. DM	+ 22,9 %
1977	7 126,1	Mrd. ECU	17,8	Mrd. DM	+ 22,8 %
1978	8 996,3	Mrd. ECU	22,4	Mrd. DM	+ 25,8 %
1979	10 844,1	Mrd. ECU	27,1	Mrd. DM	+ 21,0 %
1980	12 042,8	Mrd. ECU	30,1	Mrd. DM	+ 11,1 %
1981	13 400,4	Mrd. ECU	33,5	Mrd. DM	+ 11,3 %
			durchschnittlich		19,2 % jährlich

Quellen: Die Lage der Landwirtschaft in der Gemeinschaft 1980, S. 86, Haushalt der EG 1981, S. 43.

Der durchschnittliche Zuwachs der Agrarausgaben ist geringer als die durchschnittliche Zuwachsrate des Gesamthaushalts.

Ausgabenstruktur des EG-Haushalts 1981

Agrarbereich	13 400,4	Mio. ECU	69,3	%
Sozialbereich	683,2	Mio. ECU	3,5	%
Regionalbereich	1 774,2	Mio. ECU	9,2	%
Forschung, Energie, Verkehr	314,0	Mio. ECU	1,6	%
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	608,0	Mio. ECU	3,1	%
Verwaltung	677,0	Mio. ECU	3,5	%
Rücklagen	5,0	Mio. ECU	0,02	%
Sonstiges	352,7	Mio. ECU	1,8	%
Erstattungen an Mitgliedstaaten und Finanzausgleich	1 513,1	Mio. ECU	7,8	%
	19 327,6	Mio. ECU		

Quelle: EG-Haushalt 1981, S. 43.

Der EG-Agrarhaushalt beträgt 1981 13,4 Mrd. ECU = 33,5 Mrd. DM.

Rein rechnerisch beansprucht der Agrarhaushalt 69,3 % des Gesamthaushalts.

Das Volumen des EG-Agrarhaushalts entspricht in seiner Höhe dem Haushalt des Landes Baden-Württemberg. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die gemeinsame Agrarpolitik die einzige bis ins Detail durchformulierte Politik in der EG ist, sind die Ausgaben nicht zu hoch.

Brutto-Nettorechnung im Agrarhaushalt

Ständig wird in der Öffentlichkeit behauptet, der Anteil der Agrarausgaben am Gesamthaushalt sei mit rund 70 % zu hoch.

Zu beachten ist folgendes:

Im Agrarhaushalt sind eine Reihe von Ausgabepositionen enthalten, die mit der Agrarpolitik in keinem ursächlichen Zusammenhang stehen.

Abzusetzen sind daher folgende Beträge:

a) Währungsausgleichsbeträge	0,256 Mrd. ECU
b) Nahrungsmittelhilfe	0,282 Mrd. ECU
c) Lomé-Abkommen	0,229 Mrd. ECU
d) Verluste an Abschöpfungen aufgrund von Präferenzabkommen mit Drittländern	0,852 Mrd. ECU
	1,619 Mrd. ECU = 4,047 Mrd. DM

Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die EG-Agrarpolitik nicht nur Kosten verursacht, sondern auch eine wesentliche Einnahmequelle der EG darstellt.

a) Bruttokosten der EG-Agrarpolitik 1981	13,400 Mrd. ECU
b) Einnahmen aufgrund der gemeinsamen Agrarpolitik	1,473 Mrd. ECU
c) Agrarfremde Ausgaben	1,619 Mrd. ECU
Nettokosten der EG-Agrarpolitik	10,308 Mrd. ECU
	= 54 % der Gesamtausgaben.

Die Nettoausgaben belaufen sich auf rund 26,0 Mrd. DM für 1981. In diesen Kosten sind die Aufwendungen für die unbedingt notwendige Vorratshaltung enthalten.

Bei rund 300 Millionen Einwohnern in der EG entstehen Kosten von rund 80 DM pro Kopf der Bevölkerung.

Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt der EG betragen die Bruttokosten 1981 rund 0,6 %; das Verhältnis der Nettokosten beläuft sich seit 1979 auf rund 0,47 %.

Finanzierungsprobleme

Die Bundesregierung behauptet ständig, daß die EG-Agrarfinanzierung zu teuer werde. Sie beklagt vor allem die hohen Zuwächse der Ausgaben der EG-Agrarpolitik, obwohl die Zuwächse im Agrarbereich niedriger waren als im Gesamthaushalt der EG. Als Lösung schlägt die Bundesregierung folgendes vor:

Zukünftig sollen die Zuwachsrate des EG-Agrarhaushalts geringer ausfallen als die agrarspezifischen Einnahmen (Abschöpfungen, Zuckerabgaben). Von 1975 bis 1981 haben die Zuwachsrate der Agrareinnahmen jährlich durchschnittlich 12,5 % betragen, die Steigerungsraten der Agrarausgaben jedoch 19,2 %. 1981 sind die Zuwachsrate der Agrareinnahmen und Agrarausgaben in etwa mit 11,3 % gleich.

Mit diesem System könnte die europäische Landwirtschaft dann zurechtkommen, wenn wichtige Daten (Weltmarktpreise, Einfuhrmengen) sich nicht wesentlich ändern. Sinken jedoch die Agrareinnahmen der EG z. B. auf dem Gebiet der Abschöpfungen wegen stark steigender Weltmarktpreise oder geringer Einfuhren, wäre der vorgeschlagene Finanzierungsmodus für die Landwirtschaft untragbar. Dies gilt unabhängig davon, daß es notwendig ist, die Marktstörungen z. B. auf dem Milchsektor zu beseitigen.

In Wirklichkeit geht es der Bundesregierung bei der Lösung des Problems um etwas ganz anderes. Die Erweiterung der EG und die geplanten gemeinsamen Politiken auf anderen Sektoren als der Agrarpolitik werden nicht umsonst zu haben sein. In der Bundesregierung geht man von der illusionären Vorstellung aus, daß diese Aufgaben durch eine Reduzierung des EG-Agrarhaushalts finanziert werden könnten.

Die Bundesregierung hat einer Reihe zukunftsträchtiger EG-Maßnahmen zugestimmt, ohne genügend Klarheit über deren Finanzierung geschaffen zu haben. Das Finanzierungsrisiko ist für die Bundesrepublik Deutschland beträchtlich. Dies gilt auch dann, wenn an der Begrenzung des Umsatzsteueranteils der EG von 1 % der Bemessungsgrundlage festgehalten wird. Das bisher finanziell ungedeckte Finanzrisiko beträgt in der EG für 1982 = 1,25 Mrd. DM, für 1983 = 6,25 Mrd. DM, für 1984 = 13,5 Mrd. DM. Der deutsche Anteil daran beträgt 1982 = 400 Mio. DM, 1983 = 2 Mrd. DM und 1984 = 4,4 Mrd. DM.